

BILDUNG

„Bildung ist nicht das Füllen eines Gefäßes,
sondern das Entfachen eines Feuers.“ W. B. Yeats

DAS 12-PUNKTE-PROGRAMM

Wissen und Können sind unser größtes Kapital – als Individuum, als Gesellschaft und als Volkswirtschaft. Die etablierten Parteien tragen dem Wert von Bildung, Ausbildung und Forschung zu wenig Rechnung, ihre missglückte Bildungspolitik gefährdet unsere Zukunft. Es ist daher höchste Zeit, neue Wege einzuschlagen. Unsere Pläne dafür lassen sich in 12 Punkten zusammenfassen:

1. Die Basis: Wer nicht sät, wird nichts ernten.

Kindergärten, Krippen, Tagesmütter und Kindergruppen sind wichtige Bildungsstätten. Die Elementarpädagogik schafft die außerfamiliäre Grundlage dafür, möglichst allen Kindern gute Bildungschancen zu eröffnen. Hier sind Investitionen ins Bildungswesen am dringendsten nötig und entfalten die größte Wirkung. Wir wollen einen Qualitätssprung mit einem besseren Betreuungsverhältnis für die Kinder und mehr Ganztagsangeboten. Dafür sind bedeutend mehr Personal sowie die Aufwertung der Ausbildung und Bezahlung der Kinderbetreuungsberufe notwendig. Zur Förderung der Familien ist, wie internationale Erfahrungen zeigen, eine qualitätsvolle Kinderbetreuung zielführender als reine Geldleistungen wie Steuerfrei- und absetzbeträge.

2. Das Prinzip: Freie Schulen, Kindergärten und Hochschulen.

Wir wollen freie Bildungseinrichtungen, die nicht mehr parteipolitischer Bevormundung und bürokratischer Überregulierung ausgesetzt sind. Sie sollen eigenständig neue Wege gehen und schnell, flexibel und realitätsnah agieren können. Schulautonomie bedeutet für uns die freie Wahl der pädagogischen Modelle, der Lehr- und Lernmethoden, der (über Mindeststandards hinausreichenden) Lehrinhalte und der Mitarbeiter_innen. Diese sollen ein Team mit vielfältigen Kompetenzen bilden, das sowohl Lehrer_innen als auch Profis aus anderen Bereichen wie Sozialarbeit, Psychologie, Sport, Kultur und Wirtschaft umfasst.

3. Die Schüler_innen: Talente in den Mittelpunkt, weg von der Defizit-Orientierung.

In den Schulen stehen die Interessen und Talente der Schüler_innen im Vordergrund. Die Mittlere Reife zum Abschluss der Schulpflicht bildet mit Mindeststandards in den Hauptfächern den gemeinsamen Rahmen. Auf dieser Grundlage gilt „Potenziale fördern“ und „Stärken stärken“ statt der Orientierung an den Defiziten. Anstelle der verfrühten Zuteilung in AHS und HS/NMS wollen wir eine Vielfalt an autonomen Mittelschulen – oder

auch neunjährigen Grundschulen -, die auf individuellen Wegen zum gemeinsamen Ziel der Mittleren Reife führen.

4. Die Lehrer_innen: Schlüssel zum Erfolg.

Internationale Studien zeigen: Entscheidend für die Qualität der Bildung sind nicht Strukturen und Methoden, sondern die Lehrer_innen. Wir wollen Wertschätzung und Image-Arbeit für den Beruf, die Aufwertung des Lehramtsstudiums durch selektive Aufnahmeverfahren, Quereinsteiger_innen aus der Praxis und eine vielseitige Weiterbildung anstelle des Fortbildungsmonopols der Pädagogischen Hochschulen. Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch in Teams sollen aktiv gefördert werden, an großen Schulen machen Team- und Bereichsleitungen Sinn. Engagierten Lehrer_innen stehen so auch neue Karrieremöglichkeiten offen.

5. Die Direktor_innen: Profis mit Gestaltungsspielraum.

Schluss mit der Parteibuchwirtschaft bei der Vergabe der Direktionsposten! Schulleiter_innen sollen nicht von Behörden und Landeshauptleuten bestimmt, sondern nach öffentlichen Hearings von Lehrer_innen, Eltern, Schüler_innen und Gemeinde oder privatem Trägerverein gemeinsam gewählt und auf Zeit bestellt werden. Sie bekommen vollen Gestaltungsspielraum bei der Auswahl der Lehrer_innen und anderen Mitarbeiter_innen sowie bei der Verwendung der Budgets.

6. Die Finanzierung: Freie Schulwahl ohne Schulgeld

Alle Kinder haben das gleiche Recht auf eine gute Schulbildung. Derzeit herrscht im Schulwesen eine Drei-Klassen-Gesellschaft: In öffentlichen Schulen finanziert der Staat den vollen Betrieb, in konfessionellen Schulen das Personal und in freien Schulen mit Öffentlichkeitsrecht gar nichts. Wir wollen, dass die Finanzierung von der Institution losgelöst und ans Kind gekoppelt wird: Für jeden schulgeldfreien Platz, den eine Schule zur Verfügung stellt, erhält sie einen fixen Betrag vom Staat. Für Kinder aus bildungsfernen Schichten und mit nicht-deutscher Muttersprache erhält die Schule einen finanziellen Bonus, um die soziale Vielfalt in den Schulen zu sichern und größeren Herausforderungen gerecht zu werden. Einen erhöhten Betrag erhalten auch Kleinschulen am Land. Ihre Finanzierung und Rahmenbedingungen sollen Schulen von einer einzigen Stelle erhalten: Schluss mit dem Kompetenzwirrwarr zwischen Bund und Ländern!

7. Die Qualitätssicherung: Viele Augen sehen mehr als zwei

Die Qualität des Lehrens und Lernens soll systematisch sichtbar gemacht und gefördert werden. Wie sie es von ihren Schüler_innen erwartet, soll auch die Schule selbst laufend dazulernen. Entscheidend dafür ist eine gute Beziehungs-, Kommunikations- und Feedback-Kultur innerhalb aller und zwischen allen Gruppen der Schulgemeinschaft. Die Qualität der Schule wird regelmäßig durch Lehrer_innen, Schüler_innen, Eltern, Absolvent_innen, Hochschulen und Arbeitgeber_innen evaluiert, Ergebnisse werden anonymisiert veröffentlicht. Eine Qualitätssicherungsagentur vernetzt die Schulen und hilft bei Verbesserungsschritten.

8. Integration durch Bildung: Die Muttersprache als Startrampe statt Startnachteil

Menschen aus unterschiedlichen Kulturen in unsere Gesellschaft und Wirtschaft zu integrieren, ist eine der wichtigsten Herausforderungen, vor denen wir heute stehen. Bildung kann einen entscheidenden Beitrag dazu leisten. Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache sollen nicht mit einem Startnachteil ins Schulwesen eintreten, sondern eine tragfähige Startrampe vorfinden. Der Schlüssel dazu ist sprachliche Frühförderung in der Muttersprache und auf Deutsch. Wer in der eigenen Umgangssprache lesen und schreiben gelernt hat, lernt schneller und besser Deutsch und hat größere Chancen für die weitere Bildungs- und Berufslaufbahn. Wir fordern mehrsprachige Angebote in Kindergärten und Volksschulen sowie individuelle Beratung und Förderung.

9. Die Lehre: Faire Weiterbildung und Umstiegsmöglichkeiten

Die duale Lehrlingsausbildung in Betrieb und Berufsschule ist ein österreichisches Vorzeigemodell, das vielen jungen Menschen einen erfolgreichen Einstieg ins Berufsleben ermöglicht. Weiter aufwerten wollen wir die Lehre durch flexible Anschlussmöglichkeiten. Die Entscheidung für einen Beruf erfolgt oft schon mit 15 Jahren, daher darf die Lehre keine Sackgasse darstellen. Wir wollen gute Umschulungsmöglichkeiten in andere Berufe und neue Berufsakademien, die die teuren Meisterkurse ersetzen. Höhere Bildung soll hier mit der gleichen staatlichen Studienplatz-Finanzierung ermöglicht werden wie an Universitäten, ebenfalls ergänzt um nachgelagerte Studiengebühren, die erst ab einem gewissen Einkommen zurückzuzahlen sind. Wir fordern Gleichberechtigung für berufliche und wissenschaftliche Höherbildung.

10. Die Hochschulen: Studienplätze mit Qualität

Der Hebel zu mehr Qualität und Effizienz an den Universitäten ist ein ergebnisorientiertes Finanzierungssystem. Die staatlichen Mittel sollen nicht pauschal, sondern leistungsbezogen zugeteilt werden. Jede Universität erhält einen Sockelbetrag, um die Basis-Infrastruktur abzudecken. Die Finanzierung der Lehre ist an die Zahl der Studienplätze gekoppelt. Gelder für die Forschung werden zu Vollkosten auf Projektbasis vergeben. So haben die Unis – wie bisher schon die Fachhochschulen – Interesse an vielen Bewerber_innen, guter Studienqualität und niedrigen Drop-out-Raten. Die Auswahlverfahren werden in die Autonomie der Universitäten übertragen. Nachgelagerte Studiengebühren ergänzen dann die staatliche Finanzierung. Der FH-Sektor wird ausgebaut, ebenfalls mit Qualität vor Quantität.

11. Die Forschung: Freiheit und Planungssicherheit

In der Forschungsförderung gilt es zunächst, übersichtlichere Strukturen zu schaffen. Statt bisher in drei Ministerien sollen die Forschungsagenden in einem Ministerium zusammengefasst werden. Dieses soll das Gießkannenprinzip zurückdrängen und Schwerpunktsetzungen ermöglichen: Durch größere Projektsummen mit längerer Laufzeit, nicht jedoch mit

inhaltlichen Vorgaben von Seiten der Politik. Mehr freie Grundlagenforschung und mehr Planungssicherheit stärken den Forschungsstandort. Hochschul-Mitarbeiter_innen sollen zwischen forschungs- und lehrintensiven Jahren wechseln können, um Projekte effizienter zum Abschluss zu führen.

12. Lebenslanges Lernen: Bildungsbeteiligung erhöhen, Förderungen zusammenführen

Bildung stärkt das Potenzial in jedem Menschen, mit Verstand und Tatkraft sein eigenes Leben zu gestalten und das Leben anderer Menschen zu bereichern. Sie beginnt und endet nicht mit dem Schulbesuch, sondern begleitet uns durch alle Lebensphasen. Die berufsbezogene Erwachsenenbildung liegt in der gemeinsamen Verantwortung von Individuum, Gesellschaft und Unternehmen. Wir wollen das nach dem Bausparprinzip funktionierende Bildungssparen zu einem Bildungskonto-Modell weiterentwickeln. Es soll kürzere Ansparzeiten ermöglichen und alle Förderungen von Bund, Ländern und Sozialpartnern auf einem Förderungskonto zusammenführen, das der bildungswilligen Person eine eigenverantwortliche Auswahl der richtigen Bildungsmaßnahme ermöglicht.

DIE HERAUSFORDERUNG

Die Bildungspolitik ist seit Jahren von Frustrationen geprägt, die es mit frischem Wind, Investitionen in die Zukunft und neuen Denkweisen zu überwinden gilt:

Mangelware Kinderbetreuung: Noch immer gibt es viel zu wenige Kinderbetreuungsplätze – insbesondere für 1- bis 3-Jährige fehlen flächendeckende Angebote in altersgerechter Qualität.

Bildungsniveau im Sinkflug: Österreichs Ergebnisse in internationalen Vergleichsstudien sind miserabel, zahlreiche Pflichtschulabgänger_innen können nicht ausreichend lesen und rechnen, um eine berufliche Ausbildung zu beginnen.

Schulen politisch blockiert: Seit Jahrzehnten scheitert die dringend notwendige Weiterentwicklung der Schulen an den ewig gleichen ideologischen Machtkämpfen zwischen Rot und Schwarz sowie Bund und Ländern.

Kein Handlungsspielraum: Mit „Bildungsstandards“ und „Zentralmatura“ werden neue Ziele festgeschrieben, ohne an den Mitteln zur Zielerreichung etwas zu ändern. Der Spielraum der Schulen, selbstverantwortlich neue Wege einzuschlagen, bleibt unter der obrigkeitsorientierten staatlichen Schulverwaltung minimal.

Keine Weltklasse-Unis: Die Universitäten bleiben von internationalem Spitzen-Niveau großteils weit entfernt, da die Lehre auf Menge, nicht auf Qualität ausgerichtet und Forschungsförderung zersplittert und unübersichtlich ist und uns in Sachen Forschungsquote zu wenig voran bringt.

UNSERE VISION

Das Bildungswesen ist geprägt von einer **Zuwendung zu den Potenzialen und Talenten**. Nicht die Konzentration auf Defizite, sondern die Entfaltung der Persönlichkeit und ihrer Stärken steht im Mittelpunkt der Bestrebungen. Förderung und Unterstützung für Begabte sind in ausreichendem Maße vorhanden und haben zu einer signifikanten Reduktion des „Braindrain“ in Österreich geführt.

Bildung stärkt das Potenzial in jedem Menschen, mit Verstand und Tatkraft sein eigenes Leben zu gestalten und das Leben anderer Menschen zu bereichern. Junge Menschen werden ihren Potenzialen entsprechend gefordert und gefördert.

Kinderbetreuungseinrichtungen werden als erste Bildungsstätte anerkannt und entsprechend geschätzt und weiterentwickelt. Ab dem ersten Geburtstag steht für jedes Kind ein hochwertiger Betreuungsplatz mit gut ausgebildeten Betreuer_innen und einem altersgerechten Betreuungsverhältnis zur Verfügung.

In den **Schulen** stehen die Zukunftschancen, Interessen und Talente der Schüler_innen im Mittelpunkt. Lehrer_innen werden auf vielfältige und wertschätzende Weise unterstützt, gefordert und gefördert, damit der Unterricht jedes Jahr besser wird als im Jahr davor. Für die unterschiedlichen Aufgaben der Schule – von Wissensvermittlung über Coaching bis zu Sozialarbeit – sind Profis aus den entsprechenden Berufen im Einsatz.

Die Schulen sind eigenverantwortliche Einrichtungen, die über alle Entscheidungsspielräume, Planungssicherheiten und Qualitätssicherungsinstrumente verfügen, um ihr volles Potenzial ausschöpfen zu können und den Herausforderungen unserer Gesellschaft gerecht zu werden.

An den **Hochschulen** werden innovative und international angesehene Spitzenleistungen erbracht – in der Lehre ebenso wie in der Forschung. Berufsakademien haben sich als neue Säule der berufsnahen hochschulischen Ausbildung etabliert und heben damit das erfolgreiche Prinzip der dualen Ausbildung auf die nächste Qualifikationsstufe nach der Lehrabschlussprüfung.

Bildung umfasst die Entwicklung von Handlungskompetenzen, Qualifikation und Wissen als **lebensbegleitender Prozess**. Der Prozess endet nicht nach der Schule, Hochschule, Ausbildung und umfasst formales, nicht-formales und informelles Lernen.

LEITLINIEN UND MASSNAHMEN

Ergebnisorientierung und Entpolitisierung: Das Bildungswesen von ideologischen Scheuklappen und Parteipolitik befreien

- Die Bildungspolitik von althergebrachten ideologischen Grabenkämpfen befreien und mit einer pragmatischen, Best Practice-orientierten Zugangsweise neu ausrichten
- Gemeinsame Ziele mit allen Bildungseinrichtungen vereinbaren – die Wege zur Zielerreichung hingegen dürfen und sollen vielfältig, innovativ und individuell sein.
- Zwischen bundesweit vergleichbaren Standards (v.a. in Hauptfächern) und interessen- und talentorientierter Individualität (in anderen Fächern) ein aufgewogenes Verhältnis herstellen
- Überfrachtung der Lehrpläne beseitigen. Freiräume für gestaltbaren Fächerkanon ergänzend zu den bundesweit definierten Standards schaffen (z. B. regionale Schwerpunkte)
- Leiter_innen von Bildungseinrichtungen werden durch den jeweiligen Schulgemeinschaftsausschuss oder vergleichbare Gremien über öffentliche Hearings bestellt, frei von Parteibuchwirtschaft.
- Erfolgsorientierte Komponenten in der Entlohnung von Direktor_innen und Lehrer_innen einführen, wobei die Steigerung der Schüler_innen von Schuleintritt bis Schulabschluss bei bundesweiten Bildungsstandard-Überprüfungen als Maßstab herangezogen wird. Voraussetzungen dafür sind die Personalautonomie der Schulen und die Einbeziehung internationaler Erfahrungen und Vorbilder in die Ausgestaltung des Entlohnungsmodells.

Autonomie und Verantwortung: Den Bildungseinrichtungen Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten geben

- Kindergärten, Schulen und Hochschulen volle Personal- und Budgetautonomie geben, der Bund hat Steuerungsfunktion auf Basis von Leistungsvereinbarungen und Evaluierungsergebnissen
- Das Bildungssystem von einer objektbasierten auf eine subjektbasierte Finanzierung umstellen. Bildungseinrichtungen bekommen staatliches Budget pro Kind, Schüler_in oder Student_in und können über dieses nach eigenen Erwägungen verfügen.

Schulen

- Die Schulen werden Arbeitgeber der Lehrer_innen, mit vollem Gestaltungsspielraum der Schulleiter_innen in der Zusammenstellung und Weiterentwicklung des Lehrkörpers

- Die Zweiteilung in Bundes- und Landeslehrer wird beseitigt – alle Schulen sind Bundessache, aber die Personalauswahl und Personalführung erfolgt lokal in der Schule.
- Bezirks- und Landesschulräte werden abgeschafft, die dadurch frei werden Mittel zu den Schulen umgeschichtet.
- Eine bundesweit tätige Qualitätssicherungsagentur wird geschaffen, die unabhängige Qualitätssicherung auf allen Bildungsstufen sicherstellt. Die Qualitätssicherung wird ergänzt durch transparentes öffentliches Feedback von Eltern, Schüler_innen und Lehrer_innen.
- Zu den Aufgaben der Qualitätssicherungsagentur zählt auch ein länderübergreifendes und internationales Benchmarking, das die Schulen mit Best-Practice-Beispielen, neuen Impulsen und beratend unterstützt.
- Wahlfreiheit verbessern: Die Schüler_innen und Eltern sollen zwischen den Schulen frei wählen können. Über eine indikatorbasierte Finanzierung wird sichergestellt, dass für Schulen die Aufnahme schwächerer oder sozial benachteiligter Schüler_innen gleichermaßen attraktiv ist wie die Aufnahme besserer Schüler_innen.
- Leistungsbilanz für Schulleiter_innen: Die Wiederbestellung von Schulleiter_innen nach einer festgelegten Funktionsperiode wird an objektivierbare, nicht parteipolitische Kriterien geknüpft, zu denen u. a. Veränderungen in den Anmeldezahlen im Vergleich zu benachbarten Schulen und Veränderungen in der Leistungssteigerung der Schüler_innen von Schuleintritt bis Schulabschluss gehören.
- Schulverbünde ermöglichen: Kleinere Schulen können für administrative Aufgaben gemeinsam mit anderen Schulen ausgelagerte Service-Einheiten betreiben.

Hochschulen

- Autonome Kompetenzen für die Universitäten. Es werden Kapazitäten festgelegt und Zugangsregelungen (bspw. Eignungstests) eingeführt, um die Qualität des Lehrbetriebs zu steigern.
- Globalbudgets in ihrer bisherigen Form werden abgeschafft. Stattdessen wird die staatliche Finanzierung in drei Teile geteilt: Jede Universität erhält einen Sockelbetrag, um die Basis-Infrastruktur abzudecken. Die Finanzierung der Lehre ist an die Zahl der Studienplätze gekoppelt, die Kosten pro Studienplatz ergeben sich aus nationalen und internationalen Vergleichsdaten für die jeweilige Fächergruppe. Gelder für die Forschung werden auf Projektbasis vergeben. Auch die Bezahlung der Hochschulmitarbeiter_innen wird entsprechend aufgeteilt: Ein fixes Grundgehalt wird durch projektbasierte Zahlungen und die Entlohnung der Lehrtätigkeit ergänzt.

- Aus der studienplatzbezogenen Finanzierung und der Einführung von Zugangsregelungen ergibt sich ein verändertes Anreizsystem für die Universitäten. Bisher ist hohe Nachfrage eine Belastung, da die Uni immer mehr Leute zum Studium zulassen muss, die finanziellen Mittel für den Studienbetrieb aber unverändert bleiben. An hoher Kundenorientierung hat die Universität daher derzeit kein monetäres Interesse. Zukünftig soll das selbe gelten, wie für FHs: Kundenorientierung lohnt sich, da mehr Nachfrage bedeutet, die geeignetsten Bewerber_innen auswählen zu können, diese bis zum erfolgreichen Abschluss an der Hochschule zu halten und entsprechend finanziert zu werden.
- Den Universitäten wird es freigestellt, Studiengebühren in einem gewissen Rahmen einzuheben. Diese werden vom Staat vorfinanziert, sodass sie für die Studierenden nach Studienabschluss ab einem gewissen Einkommen als nachgelagerte Gebühren zu bezahlen sind.

Arbeitsteilung und Professionalität: Bildungseinrichtungen mit Profis aus unterschiedlichsten Bereichen stärken

- Es werden Sozialarbeiter_innen, Psycholog_innen und Lerncoaches in den Schulen angestellt, die eine qualifizierte Betreuung der Schüler_innen sicherstellen. So können Lehrer_innen sich wieder auf den Unterricht konzentrieren und die Schulen ihren vielfältigen Aufgaben besser gerecht werden.
- Gemeinsame, hochwertige Ausbildung für alle Pädagog_innen, die vom Umfang her dem Umstand Rechnung trägt, dass die Anforderungen sowohl an die pädagogisch-didaktische als auch an die fachliche Kompetenz gestiegen sind und weiter steigen werden.
- Attraktivität und Wertigkeit des Lehrer_innenberufs steigern, um die besten Pädagog_innen für diesen Beruf zu begeistern. Entsprechende Auswahlkriterien/Eignungsprüfungen für den Einstieg in die Lehrer_innenausbildung entwickeln.
- Kontinuierliche Weiterbildung der Lehrer_innen (primär in schulfreien Zeiten) und Unterstützung durch Expert_innen und Coaches sowie Online-Systeme für die Unterrichtsvorbereitung
- Aufstiegschancen für Lehrer_innen: In größeren Schulen sind Fachbereichsleiter_innen sinnvoll, da Direktor_innen ihren Führungsaufgaben bei einer großen Lehrer_innenzahl nicht individuell nachkommen können.
- Durch deutlich höhere Einstiegsgehälter und Anrechnung von Vordienstzeiten mehr Fachprofis aus der Praxis für den Lehrer_innenberuf gewinnen, um einen breiteren Erfahrungshintergrund aus der Arbeitswelt in die Schulen zu tragen
- Flexibles, zielorientiertes Lehrer_innendienstrecht für neue Wege, die Betreuungsqualität zu verbessern – z. B. kleinere Klassen und mehr Unter-

richtsstunden bei gleichbleibender Gesamtzahl an betreuten Schüler_innen pro Lehrer_in

- Erfahrungen der Lehrer_innen vernetzen („Crowd Sourcing“): Jede Schule erarbeitet Unterrichtsmaterialien und testet Methoden, die Qualitätssicherungsagentur betreut mit Expert_innen, vernetzt die Schulen und betreibt ein „Unterrichtsmaterialien-Wikipedia“.
- Die Berufsbilder in der Kinderbetreuung aufwerten: Bundesweite Ausbildungsstandards für Kindergartenassistent_innen, Kindergruppenbetreuer_innen und Tagesmütter_väter. Assistent_innen sollen sich den Kindern widmen und durch Reinigungspersonal entlastet werden.
- Ausbildung und Bezahlung der Kindergarten-Pädagog_innen verbessern: Für Kindergarten-Pädagog_innen soll das BAKIP-Kolleg in Kooperation mit Unis zu einer tertiären Ausbildung mit Bachelor-Abschluss ausgebaut werden, für Leitungsfunktionen ein Studium auf Master-Niveau eingerichtet werden.
- Bestmögliche Betreuung für die Kleinsten: Im Kleinkindalter werden Charakter und Entwicklungspotenziale der Menschen geprägt – altersgerechte Betreuungsverhältnisse (beginnend bei 1:4 für Einjährige) sind eine lohnende Investition.

Mittlere Reife und Ganztagschule: Dem Neuen Raum geben

- Als gemeinsames Bildungsziel am Ende der Schulpflicht Mittleren Reife einführen
- Laufbahnentscheidung (zwischen Lehre und Besuch einer weiterführenden Schule) im Alter von 15 statt 14 Jahren. Bis zur Mittleren Reife sollen alle Wege gleichermaßen offen bleiben (Möglichkeit des Wechsels zwischen Schultypen bzw. Schulen).
- Die Zweiteilung in AHS und HS/NMS überwinden und stattdessen eine Vielfalt an Schultypen für die 10-15-Jährigen ermöglichen, die in einen Wettbewerb der besten pädagogischen Konzepte und interessantesten Schwerpunktsetzungen eintreten.
- Die Schulpflicht soll nicht nach neun Jahren erfüllt sein, sondern bei Abschluss der Mittleren Reife, auch wenn man länger dafür braucht. Diese verlängerte Schulpflicht gilt bis zum Ende des 18. Lebensjahres.
- In jeder Schule soll pro Schulstufe mindestens eine Klasse in Ganztagsform mit verschränkten Lern- und Freizeitphasen geführt werden.
- Dabei soll – aus Gründen der Gesundheitsförderung und aufgrund der Erkenntnisse aus der Lernpsychologie – auf viel Bewegung sowohl im Unterricht als auch in den Erholungsphasen geachtet werden.

- Schul-Infrastruktur modernisieren – insbesondere zeitgemäße Ganztagesarbeitsplätze für Lehrer_innen einführen

Bildung und Beruf: Lehre und Berufsschule fördern, Berufsakademien neu entwickeln

- Einen professionell aufgesetzten Berufsorientierungsprozess für die Schüler_innen in allen Schulformen etablieren – auf Basis der Erkenntnisse und Methoden der Eignungsdiagnostik
- In der neunten Schulstufe wöchentlich Kontakte mit Berufstätigen aus unterschiedlichsten Branchen
- Kindern aus bildungsfernen Schichten emotional und inhaltlich einen besseren Zugang zu höheren Bildungswegen und akademischen Berufen vermitteln, z. B. durch Mentoring-Programme mit Student_innen
- Durch stärkere Anwendungsorientierung in der Auswahl und Aufbereitung der Lehr- und Lerninhalte Lernmotivation steigern
- Erfolgsmodell „Lehre“ (also die Kombination von betrieblicher und schulischer Ausbildung) weiterführen und aufwerten: kostenloser Vorbereitungsunterricht für die Berufsreifeprüfung, Förderung von Lehrstellen in technischen Bereichen
- Duales Ausbildungssystem ausbauen: Sekundarstufe 2 mit Lehre, Meisterprüfung und Matura
- Eine Berufsakademie einführen: bestehende Abschlüsse auf hohem Niveau sichtbar machen (z. B. Meister, Fachakademie), zusätzlich Höherqualifizierung mit Bologna-konformem Bachelor-Abschluss anbieten
- Vereinbarkeit von Beruf und Uni-Studium durch die Möglichkeit eines Teilzeitstudiums erhöhen, Höhe von Studiengebühren, Stipendium und Zuverdienstgrenzen an die absolvierten ECTS-Punkte koppeln
- In allen großen Uni-Studienrichtungen berufsbegleitende Studiengänge mit Abend- und Wochenend-Lehrveranstaltungen anbieten

Inklusion und Integration durch Bildung: Kinder mit Migrationshintergrund von Beginn an fördern, integrieren und zur Teilnahme animieren

- Die Wertschätzung der Vielfalt in der Bildung und Erziehung in den pädagogischen Ansätzen abbilden; Menschen mit Behinderung sollen weitestgehend in das Regelschulwesen eingebunden sein (inklusive Pädagogik forcieren).
- Sprachliche Frühförderung in der Muttersprache schaffen: Kinder mit Migrationshintergrund in ihrer Muttersprache fördern – je besser sie ihre Erstsprache beherrschen, desto rascher können sie gut Deutsch lernen.
- Mehrsprachige Angebote in Schulen und Kindergärten schaffen, Sprachen von kleineren Migrant_innengruppen übergreifend für mehrere Schulen anbieten

- Mehr Integrationslehrer_innen: Bei hohem Anteil an Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache gezielt zusätzlich fördern, sofern die Kinder hinter den altersgemäßen Leistungen der deutschsprachigen Kinder zurückbleiben
- Integrationsberater_innen an Schulen als Ansprechpartner_innen für Lehrer_innen, Schüler_innen und Eltern: Lehrer_in oder Sozialarbeiter_in speziell dafür ausbilden
- Integrationspläne an Schwerpunktschulen fördern: Schulen mit hohem Migrant_innen-Anteil werden beauftragt, Aktionspläne für eine aktive Integrationsrolle der Schule gegenüber den Schüler_innen und ihren Eltern zu entwickeln und umzusetzen.
- Bildungsberater_innen: Diese sollen Kindern mit Migrationshintergrund die große Bandbreite an Bildungswegen und Berufen in Österreich vermitteln, um mangelndes Wissen der Eltern über das österreichische Bildungssystem auszugleichen.

Innovation durch Zusammenarbeit und Wettbewerb: Kooperative und kompetitive Bildungseinrichtungen als Motoren der Erneuerung

- Eltern-Lehrer_innen-Teambuilding an Schulen: Schwerpunkttage für Vernetzung der Lehrer_innen und Eltern in ihrer gemeinsamen Bildungsverantwortung. Eltern können Schul-Präsenz einmal jährlich wie einen Pflgeurlaub beim Arbeitgeber geltend machen.
- Finanzielle Ressourcen durch Kooperation und Vermeidung von Doppelgleisigkeiten an Hochschulen besser einsetzen. Dies gilt einerseits für Angebote im Lehrbetrieb und andererseits für geräteintensive Forschungsarbeiten.
- Förderungslandschaft vereinfachen: In der Forschung sind die zahlreichen Förderstellen in Bund und Ländern zusammenzuführen und durch strategische Schwerpunktsetzungen neu auszurichten.
- Planungssicherheit: Eine mehrjährige Planbarkeit der Ressourcen für Forschungseinrichtungen wird zu innovativeren Ergebnissen führen.
- Leistungen umfassender messen: eine neuen Index entwickeln, mit dem die Leistung von Wissenschaftler_innen mehrdimensional gemessen wird – Lehre, Forschung, Wissenstransfer, universitäre Selbstverwaltung und Einbezugnahme der Ergebnisse in Leistungsvereinbarungen mit dem Bund
- Vielfältige Quellen der Evaluierung in den Index einbeziehen: Evaluierung durch Studierende, Befragung der Absolvent_innen und ihrer Arbeitgeber_innen, klassische und neue Forschungskennzahlen, Marktforschung zu Wissenstransfer, Selbstdokumentation
- Arbeitsbedingungen der Hochschul-Mitarbeiter_innen verbessern und Schwerpunktsetzungen ermöglichen, etwa abwechselnd mit forschungsinintensiven und lehrintensiven Jahren